

**Die Teuerungszulage in Charlottenburg.**

Wider Erwarten stellte sich die gestrige Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung wegen der Gewährung einer Kriegsteuerzulage für die Beamten und Angestellten nicht auf den Standpunkt des Magistrats, sondern machte gegen die Vorlage wichtige Bedenken geltend. Stadtv. Otto (Lib. Fr.) hielt die für die Unterbeamten vorgeschlagene Zulage von 450 M. im Hinblick auf die in anderen Nachbargemeinden zu niedrig, auch die Sätze für die Beamten mit Kindern ließen zu wünschen übrig. Er hoffe, daß im Ausschuß noch eine Verbesserung der Vorschläge des Magistrats erreicht werde. Stadtv. Hirsch (Soz.) betonte, daß die Regelung in Charlottenburg hinter der des Berliner Magistrats zurückstehe. Die 4 Gehaltsklassen in Berlin erzielten Beträge von 600 bis 900 M. gegen 540 bis 1000 M. in Charlottenburg; in Berlin würde den untersten Klassen mehr gezahlt. Ferner seien in Berlin für jedes Kind 100 M. festgesetzt, in Charlottenburg nur 15 v. H. der Zulage. Das größte Bedenken bestehe aber darin, daß keine Regelung der Löhne und Gehälter der Kriegshilfskräfte vorgesehen sei. Hier habe die Stadtverordnetenversammlung alle Veranlassung, ein Wort mitzureden.

Bürgermeister Dr. Maler wies darauf hin, daß in Berlin die Aufbesserung der untersten Klasse zuungunsten der oberen Klasse stattgefunden habe. Das sei durchaus nicht sozial, wenn man unter sozialer Fürsorge nicht allein die für die breiten Massen verstehe. Die Aufbesserung der Löhne der Kriegshilfsarbeiter sei von dem Magistrat bereits beschlossen; einer Verlängerung der Kündigungsfrist dieser Angestellten stehe der Magistrat sympathisch gegenüber.

Die Versammlung überwies die Vorlage einstimmig einem Ausschuß von 15 Mitgliedern, der bereits am Freitag abend zusammentreten wird.